

Postulat Fraktion SP/JUSO (Liselotte Lüscher, SP): Für einmal hinaus mit der städtischen Kunstsammlung aus den Büros, Schulhäusern und Archiven!

Es ist sicher lobenswert, die Stadt Bern sammelt seit 1932 Bilder vorwiegend von heimischen Künstlerinnen und Künstlern. Seit 1972 betont der Kunstfonds sogar, dass man auch junge und unbekanntere Künstlerinnen und Künstler fördern wolle. Obwohl das Geld für den 1929 gegründeten Kunstfonds aus der Rückerstattung einer Garantie für die SAFFA entstammte, durfte übrigens bis 1966 keine Vertreterin der Künstlerinnen in der Kunstkommission, die über die Ankäufe entschied, Einsitz nehmen. Doch das Geschlecht spielt seit längerer Zeit bei den Ankäufen keine Rolle mehr. Es gibt Werke von Marguerite Frey-Surbeck, Marianne Grunder und Verena Jaggi sowie von Herbert Distel, Franz Fedier und Emil Zbinden. Mit den Jahren sind so wahrscheinlich über 3000 Bilder, Lithographien, Radierungen, Skulpturen und Objekte zusammengekommen. Sie finden sich in den Büros der Verwaltung, in Schulhäusern und vor allem in den Archiven. Sowohl die BUI als auch die Präsidialdirektion haben ein Bilderarchiv. Wobei nun offensichtlich geplant ist, die beiden Archive zusammenzulegen. Es werden sich bei diesem allfälligen Übergang auch Fragen der Restaurierung und der professionellen Lagerung stellen und die Bilder und Objekte werden wieder einmal in die Hand genommen und geprüft. Ein günstiger Moment, um sich Gedanken zu dieser künstlerisch wertvollen Kunstsammlung zu machen.

Der ‚Progr‘ steht zwar nicht leer, soll aber für mindestens zwei Jahre ein Experimentierfeld für bernische Kunst sein. Wäre es nicht denkbar, dass für einmal die während über 70 Jahren durch die Stadt gesammelten und von der stadtbernischen Bevölkerung gesponserten Kunstwerke oder ein grösserer Teil davon dort in einer Ausstellung gezeigt werden könnten. Auch wenn darunter wenige Leute sind, die über die nationale Grenze hinaus wirkten, einige sogar ausschliesslich im kantonalen Kreis bekannt wurden, wäre es doch interessant zu sehen, wie breit und verschiedenartig vor allem bernische Künstlerinnen und Künstler gearbeitet haben, wie sie internationale Strömungen aufnahmen und verarbeiteten oder wie sie sich gegenseitig beeinflussten.

Wir bitten den Gemeinderat zu prüfen, ob nicht eine Ausstellung der stadtbernischen Kunstsammlung oder eines Teils davon, vielleicht unter einem bestimmten Thema, realisierbar wäre und ob nicht der Progr sich dafür anbieten würde. Ein grosser finanzieller Aufwand müsste dabei nicht entstehen.

Bern, 18. November 2004

Postulat Fraktion SP/JUSO (Liselotte Lüscher, SP), Béatrice Stucki, Sylvia Spring Hunziker, Margareta Klein-Meyer, Sabine Schärrier, Andreas Krummen, Miriam Schwarz, Stefan Jordi, Raymond Anliker, Rolf Schuler, Markus Lüthi, Rosmarie Okle Zimmermann, Peter Blaser, Beat Zobrist, Michael Aebersold, Christian Michel, Guglielmo Grossi, Ruedi Keller, Margrith Beyeler-Graf, Walter Christen, Oskar Balsiger, Andreas Flückiger, Corinne Mathieu, Margrit Stucki-Mäder, Thomas Göttin

Antwort des Gemeinderats

Es trifft zu, dass die städtische Kunstsammlung kaum als Ganzes und damit in ihrer Bedeutung wahrgenommen werden kann, weil ihre Werke einzeln und in Gruppen auf Sitzungszimmer und Büros verteilt oder im Archiv gelagert sind. Bis 2002 waren jährlich zumindest die neu angekauften Werke im Treppenhaus des Verwaltungsgebäuds Schwanengasse 14 zu betrachten. Diese Praxis brach ab als der zu knappe Kunstcredit keine Ankäufe mehr erlaubte; sie soll mit den Ankäufen 2005 wieder aufgenommen werden.

Der Gemeinderat teilt die Auffassung, die städtische Kunstsammlung lohne eine Ausstellung. Die im Zentrum für Kulturproduktion PROGR verfügbaren Räume eignen sich allerdings nicht besonders für die Präsentation von Malerei. Deshalb soll geprüft werden, ob im Kunstmuseum in Verbindung mit dem Institut für Kunstgeschichte der Universität Bern bald eine Sonderschau mit einer repräsentativen qualitativen Auswahl veranstaltet werden kann.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 18. Mai 2005

Der Gemeinderat